Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 257. | Dresden, Mittwoch den 5. November 1913. | 24. Jahrg.

Im Krupp-Prozeß gab der Oberstaatsanwalt eine Erklärung über die Wirkungen des Prozesses auf das Ausland ab.

In Bayern ist die Königsmacherei perfekt geworden.

Bei der ersten Abstimmung des französischen Parlaments sieht sich die Regierung eine kleine Niederlage.

Unter den Trümmern des bei Melun (Südfrankreich) verunglückten Schnellzuges wurden 15 Leichen und 14 Schwerverletzte hervorgezogen.

Bei einem Eisenbahnzusammenstoß in Brasilien wurden 20 Kulien getötet.

Industrie und Justiz.

Für den Berliner Lokalanzeiger mußte soeben vermittels hochoffiziöser Fürsprache mit Geldern der Großindustrie eine Affiliation vollbracht werden. Das Blatt zeigt auch ohne Verzug seine Erkenntlichkeit, es will den Geldgebern mit ungeteiltem Eifer den Beweis liefern, daß sie ihr Geld gar nicht besser aufwenden konnten. Noch niemals sind so unverhüllt und unverschämt nicht nur kapitalistische Interessen verteidigt, sondern kapitalistische Korruptionserscheinungen beschönigt worden als es jetzt täglich im Scherlblatt geschieht.

Der Redakteur des Blattes, der Herr v. Gottberg, — Mel und Großkapitalismus in holder Verbindung — wendet sich erneut gegen den Moabiter Krupp-Prozeß. Nicht nur gegen Liebknecht, der als Empfänger der Kornwalzer die Angelegenheit ins Rollen gebracht hat, sondern auch gegen die Staatsanwaltschaft, die Richter und gegen die Justiz im allgemeinen, die diesen Prozeß zuläßt, diesen Prozeß, der dem Kapital und den Kruppbediensteten naturgemäß sehr wenig gefällt. „Wie lange, ruft der Herr v. Gottberg aus, soll die talmudische Arbeit im Gerichtssaal noch weitergehen?“ Seit zehn Tagen laufe ein preußisches Gericht Trinkgeldern in monatlicher Höhe von 250 M. nach, Tag um Tag suche man die Leiter des größten deutschen Werkes über die Verwendung von Bergeldern auszuquetschen. Herr v. Gottberg erklärt sogesehen, aus dem angekündigten Panama sei „eine Ehrenrettung der verleumdeten Firma und unserer Industrie“ geworden, und zugleich klagt er voll Grimm, daß durch den Prozeß die deutsche Industrie im Auslande herabgesetzt und in ihrem Absatz beeinträchtigt werde. Herr v. Gottberg schwirgt sich zu der Leistung, die ihm gewiß den lautesten Beifall der großindustriellen Gebieter eintragen wird, empor: Liebknecht sei es, der die gesamte deutsche Lohnarbeiterschaft schädigt, er trage dazu bei, „daß in Zeiten, die an sich schlecht genug sind, eine Menge von Arbeitern als Folge des endlosen Prozesses abgelegt werden müsse“. Dreister kann die Verdrehung aller Tatsachen, dreister die Verhöhnung der Justiz nicht betrieben werden. Man bringt es fertig, Arbeiterinteressen vorzuschützen, um die kapitalistische Korruption gegen jeden Eingriff der Justiz zu sichern. Man sucht Sinn und Bedeutung der Vorgänge, die sich im Krupp-Prozeß abspielen, zu erniedrigen, indem man von Biergeldbagatellen redet, um dereitwillen es sich nicht lohne, einen endlosen Prozeß zu führen. In Wahrheit konnte jeder, der sehen will, längst erkennen, daß hier viel mehr und sehr Bedeutenderes auf dem Spiele steht: Die Ausbeutung der Völker durch die Machenschaften des Rüstungskapitals. Wenn sie von diesem wichtigsten Kapitel die öffentliche Aufmerksamkeit ablenken könnten, das wäre allerdings den Sachwaltern des Rüstungskapitals außerordentlich angenehm.

In seinem Feldzug für die Firma Krupp scheut der Herr v. Gottberg nicht vor Ausführungen zurück, die ihrerseits gerade geeignet sind, die deutsche Industrie zu blamieren und zu schädigen. Er verkündigt ohne Scheu das Recht auf Schmieren. Liebknecht hatte in seiner Zeugenaussage die Andeutung gemacht, daß Krupp die ausländische Presse bestehe. Gottberg bestreitet es nicht, er erklärt: Warum denn nicht? Das ist doch die selbstverständlichste Sache von der Welt. Wenn die Zeitungen — die ausländischen (!) meint v. Gottberg natürlich — nicht geschmiert werden, dann kommt der europäische Handel nicht weiter:

„In überseeischen Raubstaaten, wo Präsidenten mit den sauer erworbenen Groschen des Lohnarbeiters wie bei uns Rendanten der Sozialdemokratie durchbrennen (das hat er uns fein gegeben. D. Red.), heischen sogar Beamte Bestechungsgeld. Der deutsche Kaufmann trait dann nicht nach Schiffen und Kanonen (Nein, gar nicht!). Er fragt, was kostet der Bettel, greift in die Tasche und zahlt schnell, damit er neben den Spesen bald Gewinn buchen kann.“

Es würde vergebliches Bemühen sein, einem Mann wie dem Gottberg klar machen zu wollen, warum die Bestechung der Presse und der Behörden durch eine Rüstungsfirma eine besonders bedenkliche Sache ist. Wer die Selbstverständlichkeit des Schmierens so warm verteidigt, der wird über seine Folgewirkungen nicht länger nachdenken wollen. Der Kapitalist hat Geld. Warum, zum Teufel, soll er sich damit nicht Zeitungen und Zeitungsschreiber kaufen und seinem Willen gefügig machen können? — nur im Auslande selbstverständlich!

Die Kruppkommission des Reichstags

soll am 14. November zu ihrer ersten Sitzung zusammentreten. Es wird mitgeteilt, daß Staatssekretär Dr. Delbrück die Einladungen an die Mitglieder der Kommission zur Prüfung der Rüstungslieferungen bereits habe ergehen lassen. Von sozialdemokratischer Seite gehören der Kommission die Genossen Dr. Liebknecht und Noske an. Die Konservativen haben u. a. den Grafen Westarp in die Kommission entsandt.

* * *

Staatsbeamte und Krupp-Karriere.

h. Für Tausende Beamte, die in mehr oder weniger bedeutsamer Uniform dem Preußenaar Dienste leisten, ist Krupp einfach ein Stück Karriere — das hat der Krupp-Prozeß deutlich genug gezeigt. Krupp ist für viele von den Beamten, die mit ihm dienstlich, zivildienstlich oder militärdienstlich, zu tun haben, einmal „Wir“, „das Reich“ und der gute Freund von „ganz oben“, zum andern ist Krupp eben die gute Aussicht auf hohes Gehalt und andere schöne Dinge. Auf diesem System ist Krupp aufgebaut und mit solchen Leuten verdient er seine Millionen!

Sehen wir uns doch einmal die Leitung der Firma Krupp etwas genauer an.

Im Aufsichtsrate der Krupp A.-G. sitzen als Vorsitzender Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, der Prinzgemahl, der mit dem angeheirateten Vermögen durchaus standesgemäß umzugehen versteht. Dann der Geheime Justizrat Dr. August von Simson, ferner Herr Ludwig Delbrück, der Mitinhaber des vornehmen Bankhauses Delbrück, Schickler u. Co. und außerdem auch Mitglied des Herrenhauses ist. Herr Delbrück hat innige Verbindungen mit dem Konzern der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft und ist Mitglied des Zentralausschusses der Reichsbank. Die interessanteste Figur im Kruppschen Aufsichtsrat ist zweifelsohne der Vizeadmiral z. D. Exzellenz Hans Sack. Er ging aus dem aktiven Dienst ab, um nach dem Kurfürstendamm in Berlin zu ziehen und sich ausschließlich seinen drei Aufsichtsratsmandaten zu widmen. Er sitzt außer bei Krupp im Aufsichtsrat der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken in Berlin und im Aufsichtsrat der Vereinigten Köln-Rottweiler Pulverfabriken. Ueber diesen geschäftstüchtigen Admiral schrieb der konservative „Tümmer“ im Juli dieses Jahres: „Ich wiederhole . . ., daß es nicht geduldet werden darf, daß ein Admiral, der in Pension geht, Aufsichtsratsposten bei den Monopolfirmen annimmt, mit denen er jahrelang als Dezernent im Marineamt Geschäfte über riesige Summen für das Reich abgeschlossen hat.“

Neben diesem Herrn Sack sitzen noch der Finanzrat Ludwig Klüpfel und der Regierungsassessor Thilo Freiherr von Wilmowski im Aufsichtsrat von Krupp. Der Vater des letzteren war unter Hohenlohe Chef der Reichskanzlei, sein Sohn ist mit der zweiten Tochter von Friedrich Krupp verheiratet. Ueber Mangel an guten Verbindungen kann man beim Aufsichtsrat der Kruppschen Werke wirklich nicht klagen.

Das Direktorium der Firma Krupp ist ebenso gut versorgt in bezug auf „passendes Vorleben“ seiner Mitglieder wie der Aufsichtsrat. Herr von Metzen zum Beispiel hatte als Offizier bei der Uebernahme von Lieferungen viel mit Krupp zu tun, auf diese Art wurde er dann Angestellter der Firma Krupp. Der Vorgänger des Herrn von Metzen war Oberst, ehe er zu Krupp kam. Der Chef des Direktors, Hugenberg war vortragender Rat im Finanzministerium, ehe er zur Kanonenfirma kam. Direktor Draeger war Dezernent im Kriegsministerium und ging zu Krupp. Aehnliche Wandlungen kann man bei fast sämtlichen Direktoren feststellen! Das passende „Vorleben“ ist für die Anstellung bei Krupp die Hauptsache. Brandt kam als ehemaliger Depotverwalter von der Artillerieprüfungskommission nach Essen. Es geht nichts über die „gute Verbindung“!

Eine Gefahr für den Agrariergeldsack.

Zu den Einrichtungen, die unsern Herrn Agrariern große Gewinne sichern, gehören auch die sogenannten Einfuhrscheine. Bekanntlich bekommt jeder, der Getreide oder Mehl aus Deutschland ausführt, eine Bescheinigung über die ausgeführte Menge. Diese Scheine können nun bei der Einfuhr gewisser Waren zur Zollzahlung benutzt werden, und zwar werden sie gleich dem Betrage gewertet, der als Zoll hätte gezahlt werden müssen, wenn die ausgeführte Quantität eingeführt worden wäre. Da z. B. der Einfuhrzoll für eine Tonne Roggen 50 M. beträgt, kann die Bescheinigung über die Ausfuhr einer Tonne Roggen aus Deutschland zur Bezahlung von 50 M. Zoll verwendet werden. Der Empfänger eines solchen Einfuhrscheins ist also genau so gut daran, wie wenn er 50 M. bares Geld aus der Staatskasse ausgezahlt bekäme. Die Gewährung der Einfuhrscheine ermöglicht es den deutschen Landwirten, ihr Getreide im Ausland wesentlich billiger zu verkaufen als im Inland. Bekommen sie doch außer dem Kaufpreise noch den wertvollen Einfuhrschein. Infolge der Einfuhrscheinwirtschaft hat sich ein lebhafter Export von Roggen nach Rußland entwickelt. Nun gibt es aber nicht nur in Deutschland Agrarier, sondern auch in Rußland, und die russischen Agrarier sind sehr ungehalten darüber, daß ihnen mit Hilfe der deutschen Einfuhrscheine von ihren deutschen Kollegen Konkurrenz gemacht wird. Die russische Regierung scheint nun auch geneigt zu sein, im Interesse ihrer Landwirte gegen die deutsche Einfuhrscheinwirtschaft vorzugehen. Sie hat ja ein Mittel in der Hand, mit dem sie nötigenfalls die deutschen Agrarier schwer treffen kann. Sie braucht nur den Zuzug der billigen Arbeitskräfte, die jetzt in großen Massen den deutschen Agrariern aus Rußland zuströmen, unterbinden. Zurzeit befindet sich ein russischer Kommissar in Deutschland, der die ganze Frage untersuchen soll. Die Tägl. Rundschau berichtet darüber folgendes:

> Der russische Kommissar, ein baltischer Gutsbesitzer, hat umfangreiche Erhebungen darüber angestellt, inwieweit die deutsche Landwirtschaft von den russischen Saisonarbeitern abhängig ist. Nach den bisherigen Feststellungen beträgt die Zahl der russischen Landarbeiter, die alljährlich in der deutschen Landwirtschaft Beschäftigung finden, etwa 225 000. Noch größer ist die Zahl der polnisch-ruthenischen Landarbeiter aus Galizien. Offiziell wird die Aufgabe des russischen Kommissars als Studienreise zur Erforschung der wirtschaftlichen Lage der russischen Arbeiter bezeichnet; tatsächlich will Herr v. Schulz feststellen, welche Folgen für die deutsche Landwirtschaft entstehen würden, wenn die russische Regierung künftighin den Erntearbeitern das Ueberschreiten der deutschen Grenze verböte. Die russische Regierung hat nämlich die ernstliche Absicht, diese Waffe gelegentlich der künftigen Handelsverträge zu verwenden, um bestimmte russische Forderungen durchzudrücken. In erster Linie will die russische Regierung die vollständige Beseitigung der Einfuhrscheine durchsetzen. Der Kommissar, der sich Herr v. Schulz nennt, hat nun die Aufgabe, seiner Regierung das Material in dieser Frage an die Hand zu geben, damit diese in der Lage ist, es bei den Handelsvertragsverhandlungen als Druckmittel zu benutzen.

Die Geschichte kann also für unsere Agrarier sehr unangenehm werden. Es würde für sie kaum möglich sein, für die russischen Arbeiter gleich billiges und williges Ersatzmaterial zu bekommen. Andererseits wäre es für sie sicher sehr peinlich, wenn sie auf die Einfuhrscheine verzichten müßten. Die Möglichkeit, daß jederzeit Getreide mit gutem Gewinn nach dem Ausland verkauft werden kann, sichert ihnen auch im Inland hohe Preise. Da man stets bei einem Verkauf nach dem Ausland für Getreide den Weltmarktpreis und außerdem den Einfuhrschein bekommt, dessen Wert gleich dem Einfuhrzoll ist, kann auch im Inland der Getreidepreis nie unter den Betrag, Weltmarktpreis und Zoll, sinken. Das würde aber unter Umständen möglich sein, wenn die Einfuhrscheine wegfallen. So müssen unsere Agrarier es erleben, daß ihr Geldbeutel nicht nur von den bösen Sozialdemokraten, sondern auch von dem geliebten Freund im Osten bedroht wird. Den armen Kerlen geht's wirklich schlecht.

Sollten unsere Agrarier durch die Abschaffung der Einfuhrscheine eine Einbuße erleiden, so würden sie natürlich versuchen, sich durch einen neuen Raubzug gegen die Volksmassen eine Entschädigung zu holen. Es würde dann Aufgabe des deutschen Volkes sein, dafür zu sorgen, daß dieser Raubzug den Herrschaften nicht gelingt.

Deutsches Reich.

Preußen und Amundsen.

Aus Preußen ist wieder einmal eine Kulturtat zu berichten: Der Entdecker des Südpols Roald Amundsen wollte am 15. und 16. November in Flensburg Vorträge über seine Südpolarexpedition halten. Am ersten Abend wollte er in deutscher, am zweiten in seiner norwegischen Heimatsprache sprechen. (Die norwegische Sprache ist der dänischen sehr ähnlich.) Nachdem die Polizeibehörde in Flensburg die Tatsache, daß der berühmte Forscher norwegisch zu reden beabsichtigte, zunächst nicht als staatsgefährlich und nicht als ein Attentat gegen die Sicherheit und die öffentliche Ordnung angesehen hatte, verbot sie, wie das Berliner Tageblatt meldet, plötzlich den norwegischen Vortrag. Daraufhin setzte sich der Unternehmer mit der Berliner Konzertagentur Sachs ins Einvernehmen, die sich telegraphisch an den Minister des Innern mit der Bitte um Aufhebung des Verbots wandte. Nachdem sich dieser mit dem Regierungspräsidenten von Schleswig in Verbindung gesetzt hatte, erfolgte der Bescheid, daß es bei dem Verbot bleibe. In einer halbamtlichen Meldung wird mitgeteilt, daß „mit Rücksicht auf bestehende nationalpolitische Gegensätze die für Flensburg auf Grund des § 121 des Reichsvereinsgesetzes für eine öffentliche Versammlung beantragte Genehmigung zum Gebrauch der der dänischen verwandten norwegischen Sprache abgelehnt worden ist.“

Dies echt preußische Ereignis ist ein neuer Beweis dafür, wie verlogen jene offiziösen Versicherungen waren, nach denen das Sprachenverbot nicht auf wissenschaftliche Veranstaltungen ausgedehnt werden solle. Davon abgesehen: ist es nicht ein herrliches Bild, daß ein Mann, dem die ganze Welt, einschließlich Wilhelms II., hohe Ehren erwiesen hat, in Preußen zu Menschen seines Stammes nicht in der gemeinsamen Muttersprache von seinen Taten erzählen darf?

Deutsche Tageszeitung und Post springen Herrn v. Dallwitz natürlich hilfreich bei. Wie jede preußische Polizeileistung, finden sie auch diese völlig in der Ordnung. Aber alle, die noch ein wenig Kulturgewissen besitzen, müssen sich vor den demokratischen und fortschrittlich denkenden Skandinaviern darüber schämen, daß diese preußische Borussenkultur in Deutschland den Ton angibt.

Uneinige Mittelständler.

Trotz allen Versuchen, die die Mittelstandsretter von Beruf im Laufe der Zeit gemacht haben, alles das, was sie Mittelstand nennen, unter einen Hut zu bringen, läuft der Brei immer wieder auseinander. Das zeigt sich auch in der

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19131105/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG